

dium und der Sold für Wehrdienst und Zivildienst muß mindestens einheitlich 600 Mark monatlich betragen.

Die UVP - der wirtschaftliche Aufstieg:

Die konsequente Einführung der sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage einer einheitlichen deutschen Währung wird als die einzige erfolversprechende Alternative angesehen, um soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Die UVP - Bildung und Arbeit:

Jeder Bürger erhält das uneingeschränkte gleiche Recht, sich entsprechend seinen fachlichen Voraussetzungen an relevanten Schul- oder Studieneinrichtungen des In- und Auslandes zu bewerben.

Die UVP und unsere Jugend:

Die UVP bekennt sich zu ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Jugendlichen und bezieht sie als gleichberechtigte Partner in das gesamte Parteileben ein. 4

Die UVP und unsere Rentner:

Die Achtung und Respektierung der Rentner und ihre soziale Absicherung ist Kernstück der sozialen Sicherheit der UVP. Sie tritt für eine stufenweise Festlegung der Mindestrente auf 1 200 Mark ein. Die UVP fördert den Ausbau der Volkssolidarität als Teil des Zivildienstes.

Die UVP zu Fragen von Militär und Gewalt:

Jede Form der Gewaltanwendung gegenüber seinen Bürgern zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele wird abgelehnt. Die UVP garantiert jedem Bürger ab 1991 das Recht auf freie Wahl zwischen 6 Monaten aktivem Wehrdienst oder 6 Monaten Zivildienst. Die UVP strebt an, daß die aktive Wehrpflicht in absehbarer Zeit abgeschafft wird.

Die UVP zur Rechtsprechung:

Die Funktion des Richters und die Zulassung freier Anwälte ist weder an eine Parteizugehörigkeit noch Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Organisation zu binden. Was Recht ist, wird Recht bleiben.

Die UVP und das gemeinsame Haus Europa:

Die UVP sieht in der Einheit Deutschlands die Grundvoraussetzung für ein geeinigtes Haus Europa.

Die UVP zur Bewältigung der Vergangenheit:

Notwendig ist eine Generalamnestie für alle Personen und Rehabilitierung aller Geschädigten, die von 1949 bis 1989 auf dem Gebiet der sogenannten sowjetischen Besatzungszone unter dem roten Faschismus nachweislich aus politisch-ideologischen Gründen persönlich zu leiden hatten und politisch verfolgt wurden. Weiterhin bezieht die UVP Stellung zu den Menschenrechten, zu Fragen der Revolution, der Informationsfreiheit, des Daten- und Informationsschutzes, zur Außenpolitik, zum Schutz jeglichen Eigentums sowie zur nationalen Identität.

UVP-Kontaktstelle:

Fritz-Reuter-Str. 40

Eichwalde/Berlin

1603

Tel.: Berlin 6 85 92 51